

Maillards Macht und die 14. Lohnschutzmassnahme

Seit 2019 hat der Gewerkschaftsbund zu seiner alten Grösse zurückgefunden – auch weil er sich grösser macht, als er ist

CHRISTINA NEUHAUS

Als Donald Trump im April einen Zollsatz von 39 Prozent für die Schweiz verkündete, verlangte die SP Gegenmassnahmen, die das «neofaschistische Regime» und vor allem die Tech-Oligarchen treffen sollten. Ein allfälliger Ertrag zugunsten der Schweiz müsse der Bevölkerung zugutekommen, etwa durch eine Rückerstattung über die Krankenkassenprämien.

Sechs Monate später konnte der Bundesrat verkünden, man habe sich mit den Amerikanern geeinigt. Der Zollsatz werde demnächst auf 15 Prozent sinken. Die Antwort der SP lautete: «Trump-Deal stoppen!»

Ganz anders reagierte der Gewerkschaftsbund (SGB). Daniel Lampart, der Chefökonom des SGB, sagte in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag»: «Es ist gut, dass wir jetzt eine Lösung haben.» Wenn die Ausfuhren in einen so wichtigen Markt wie die USA teurer würden, sei das ein gravierendes Problem für die Exportindustrie und damit für die Jobsicherheit und die Löhne. Er sei sicher, die SP werde bald eine Neubeurteilung machen. Er hätte auch sagen können: Wir vom Gewerkschaftsbund betreiben sozialdemokratische Politik für Erwachsene, die SP ist noch im Flegelalter.

Die wirtschaftspolitische Distanzierung zur SP ist kein Ausrutscher. Während sich die Partei bedingungslos hinter die chancenlose Erbschaftssteuerinitiative der Juso stellte, beschloss der SGB Stimmfreigabe.

Rüde aussortiert

Das Machtverhältnis zwischen den Gewerkschaften und der SP hat sich in den vergangenen Jahren schleichend verändert: Als Pierre-Yves Maillard Ende 2018 zum Präsidenten des SGB gewählt wurde, konnte er nicht verhindern, dass namhafte Gewerkschafter bei den sogenannten Frauenwahlen im Herbst 2019 abgewählt wurden. Die beiden Berner Nationalräte Corrado Pardini und Adrian Wüthrich hatten jahrelang als massgebende gewerkschaftliche Stimmen gegolten, bis sie am Wahlsonntag rüde aussortiert wurden.

Doch wenige Monate später rief die WHO die weltweite Corona-Pandemie aus, und die SP besann sich wieder auf Realpolitik: Sie gab Ladenbesitzern und Selbständigen eine Stimme und erfand sich als Gewerbepartei. Das neue Duo an der Parteispitze, Mattea Meyer und Cédric Wermuth, fehlte bei keiner Debatte, und «Weltwoche»-Verleger Roger Köppel bezeichnete die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Badran als «Mutter Courage des Gewerbes».

Lange hielt das neue wirtschaftliche Verständnis nicht an. Noch bevor



Pierre-Yves Maillard gibt Mattea Meyer und Cédric Wermuth die Richtung vor.

ANTHONY ANEX / KEystone

die Pandemie zu Ende war, lancierte die Partei eine Service-public-Initiative, und Co-Präsident Wermuth sang zum Spott der Arbeiterschaft ein Loblied auf alle, die «jeden Morgen um 8 aufstehen». Ein Jahr später verlor die Linke die Abstimmung über die Erhöhung des Frauenrentenalters und damit die vielbeschworene Vetomacht bei Sozialvorlagen.

Die Wut und die Enttäuschung der Partei waren grenzenlos. Keine Partei hatte in den kantonalen Wahlen bisher mehr Sitze eingebüßt als die SP. Also korrigierte sie ihren Kurs erneut. Unter dem Einfluss zahlreicher ehemaliger Jungsozialisten an den Schalthebeln des Parteiapparats konzentrierte sie sich auf ihre Kampagnenfähigkeit. Das Resultat waren Gaza-Resolutionen und ein auf radikalen Linkskurs gedrilltes Parteisekretariat, aber auch klare Zugewinne bei den kantonalen Wahlen.

Den letzten gemeinsamen Triumph feierten die SP und der Gewerkschaftsbund im März 2024 nach der gewonnenen Abstimmung über eine 13. AHV-Rente. Seither hat der SGB seinen Führungsanspruch bei Arbeiterschutz- und Sozialthemen stetig ausgebaut: Lohnerhöhung, Mindestlohn, Sonntagsarbeit, Arbeitszeit, Kaufkraft – der Gewerkschaftsbund geht immer aufs Ganze.

Viele Forderungen, die der SGB-Boss Pierre-Yves Maillard stellt, sind reiner Pulverdampf. So forderte er als Gegenrezept zur 10-Millionen-Schweiz-Initiative 5000 Franken Monatslohn für alle, die eine Berufslehre abgeschlossen haben. Offenbar weiss sogar SP-Co-Präsident Cédric Wermuth um die Chancenlosigkeit der Idee. Jedenfalls erwähnte er den Vorschlag in einem Tamedia-Interview von Montag zur SVP-Initiative mit keinem Wort.

Budliger soll Lösung erarbeiten

Doch Maillard weiss genau, was er macht. Seit 2019 hat der Gewerkschaftsbund zu seiner alten Macht zurückgefunden, auch weil er gelernt hat, sich grösser zu machen, als er ist. Wie der Macht-

poker der Gewerkschaften funktioniert, zeigt sich deutlich bei den innenpolitischen Diskussionen um das geplante Vertragspaket mit der EU. Bei diesem Dossier treibt der Gewerkschaftsbund den Bundesrat vor sich her, während er gleichzeitig die SP zumindest beim Lohnschutz hinter sich herzieht.

2021 musste der Bundesrat die Verhandlungen über das Rahmenabkommen abbrechen, weil es nicht mehr mehrheitsfähig war. Die Gewerkschaften und die SP hatten ihre Zustim-

mung wegen fehlender Lohnschutzmassnahmen verweigert und sich den Gegnern um die SVP angeschlossen. Die EU-Freunde in der SP blieben verdattert zurück.

Heute ist die Ausgangslage eine andere. In der Vernehmlassung wurde das Paket trotz Bedenken wegen des Stromabkommens von über drei Vierteln der Teilnehmer gutgeheissen. Auch in der SP gibt es mehr Befürworter als Gegner. Doch der Gewerkschaftsbund macht weiter Druck. Erst beharrte er auf Konzessionen für den Lohnschutz, dann kritisierte er die Schutzklause und das Stromabkommen. Die EU-Freunde in der SP reagieren erneut verdutzt, doch beim Lohnschutz stellt sich die Parteispitze erneut treu hinter die Gewerkschafter.

Im Februar hatten sich die Arbeitgeber und die Gewerkschaften zwar auf mehr Lohnschutz geeinigt, doch sonderlich viel hat der SGB bei den Verhandlungen nicht herausgeholt. Viele der dreizehn Schutzmassnahmen, die die Sozialpartner unter der Moderation des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) verabschiedeten, entsprechen mehr oder weniger dem Status quo.

Der einzige Punkt, bei dem Gewerkschafter und Arbeitgeber keinen Konsens fanden, war der Ausbau des Kün-

digungsschutzes für gewählte Arbeitnehmervertreter. Bei Firmen mit mindestens fünfzig Mitarbeitern besteht in der Schweiz das Recht auf eine Betriebsgewerkschaft oder eine Personalkommission. Betroffen sind etwas über 11 000 Unternehmen.

Glaubt man den Gewerkschaften, gibt es pro Jahr etwa zwanzig bis dreißig Streitfälle bei Kündigungen von Personalvertretern. Wer sich in einem Betrieb gewerkschaftlich engagiert habe, finde nach dem allfälligen Verlust seines Arbeitsplatzes schwerer einen neuen Job, argumentieren sie. Deshalb brauchten diese Personen besonderen Schutz. Laut den Arbeitgebern ist potenziell eine vier- bis fünfstellige Zahl von Angestellten betroffen. Auch wenn die höhere Berechnung zutrifft, handelt es sich um ein Randproblem.

Doch als der Bundesrat am Freitag nach der Vernehmlassung zu den EU-Verträgen Bilanz zog, sah er ausgerechnet beim Lohnschutz für Arbeitnehmervertreter Handlungsbedarf. Die Forderung der Gewerkschaften war zwar in der Vernehmlassung breit verworfen worden, trotzdem hält sie der Bundesrat für «unentbehrlich». Staatssekretärin Helene Budliger hat deshalb den Auftrag erhalten, bis Mitte Januar mit den Sozialpartnern eine Lösung auszuarbeiten.

Der Bundesrat hat Angst

Auf die Frage, weshalb der Bundesrat den Schutz von maximal ein paar tausend Personalvertretern für so relevant hält, dass die Seco-Chefin nun eine weitere Runde Lohnschutzverhandlungen anhängen muss, gibt es zwei Antworten: eine technische und eine politische.

Die technische Antwort lautet: Wegen angeblich ungenügenden Schutzes vor missbräuchlicher Kündigung und Verletzung der Vereinigungsfreiheit stand die Schweiz im Fokus der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Folge waren Klagen und vorübergehend eine «schwarze Liste». Deshalb versprach der Bundesrat 2019 neue Massnahmen.

Relevanter ist die politische Antwort: Offenbar hat der Bundesrat Angst, dass sich das Drama von 2021 wiederholt und der Gewerkschaftsbund die Allianz der Vertragsbefürworter sprengt. Deshalb kommt er ihm in diesem Punkt nun entgegen.

Vor vier Jahren hat der Gewerkschaftsbund den Rahmenvertrag noch als Ganzes abgelehnt. Heute macht er sein Ja zu den EU-Verträgen von einer 14. Lohnschutzmassnahme abhängig. Verliert er den Machtspieler, muss er das Vertragswerk konsequenterweise ablehnen – oder kleinlaut zurückkreisen. Mit der Macht steigt der Einsatz.